

Tanja Krause

**Der Einfluss der Unternehmenssteuerreform 2000/2001
und ihrer Fortentwicklung
auf Unternehmensbeteiligungen in Deutschland**

**Die Besteuerung von laufenden und Veräußerungsgewinnen/-verlusten aus
Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften vor dem Hintergrund
des Art. 3 Abs. 1 GG und im Vergleich mit den USA**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades eines Dr. iur.
der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der
Technischen Universität Chemnitz

Tag der mündlichen Prüfung: 27.5.2005

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Tanja Krause

**Der Einfluss der Unternehmenssteuerreform 2000/2001
und ihrer Fortentwicklung auf
Unternehmensbeteiligungen in Deutschland**

Die Besteuerung von laufenden und Veräußerungsgewinnen/-verlusten
aus Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften
vor dem Hintergrund des Art. 3 Abs. 1 GG und im Vergleich zu den USA

D 93 (Diss. TU Chemnitz)

Shaker Verlag
Aachen 2005

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zugl.: Chemnitz, Techn. Univ., Diss., 2005

Copyright Shaker Verlag 2005

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 3-8322-3997-9

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen
Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9
Internet: www.shaker.de • eMail: info@shaker.de

Vorwort

Die Brühler Empfehlungen vom 30.4.1999 waren das Ergebnis der Arbeit einer vom damaligen Bundesfinanzminister *Lafontaine* beauftragten Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Zu den primären Leitlinien und Zielen der Reform zählten die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Unternehmenssteuerrechts durch eine rechtsformneutrale Unternehmenssteuer mit einem international wettbewerbsfähigen Steuersatz von 35%. Zudem sollten insbesondere die Belange der kleinen und mittleren Betriebe berücksichtigt werden und war es ein Anliegen der Reformkommission, den globalen Verflechtungen der Wirtschaft Rechnung zu tragen.

Die Brühler Empfehlungen stellen den Anfang einer Reihe von teilweise grundlegenden steuerrechtlichen Änderungen dar. Ob die genannten Ziele in der Folgezeit erreicht und umgesetzt wurden und welchen Einfluss die Unternehmenssteuerreform 2000/2001 sowie weitere steuerrechtliche Änderungen auf Unternehmensbeteiligungen in Deutschland hatten, wird in der Arbeit untersucht. Sie konzentriert sich dabei auf die Besteuerung von laufenden und Veräußerungsgewinnen aus Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften in Deutschland. Denn unter anderem hatte der Wechsel des Körperschaftsteuersystems vom Vollarrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren eine intensive Diskussion über die unterschiedliche Behandlung von Kapital- und Personengesellschaften bei Ausschüttungen/Entnahmen und damit über verfassungsrechtliche Konsequenzen zur Folge. Auch der im Zuge der Reform eingeführten vollständigen Steuerfreistellung der Gewinne aus der Veräußerung von Kapitalgesellschaftsanteilen wurde viel Beachtung geschenkt und ein weitreichender Einfluss auf die Beteiligungsstrukturen und Unternehmensverflechtungen in Deutschland - die sog. „Deutschland AG“ - prophezeit. Die Arbeit verfolgt das Ziel, steuersystematische, steuerpolitische, steuerrechtliche, verfassungsrechtliche und rechtsvergleichende Aspekte miteinander zu verknüpfen.

Da sich die nationale Besteuerung von Unternehmen in den USA wesentlich von der in Deutschland unterscheidet, aber immer wieder eine Orientierung am amerikanischen Recht vorgeschlagen wird, ist ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit eine Darstellung der Besteuerung von laufenden und Veräußerungsgewinnen aus Unternehmensbeteiligungen in den USA.

Tag der mündlichen Prüfung war der 27.5.2005. Alle bis März 2004 in Kraft getretenen Gesetzesänderungen wurden in der Arbeit berücksichtigt.

Ohne vielfältige Hilfe und Unterstützung wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen. Danken möchte ich deshalb an erster Stelle meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Ludwig Gramlich. Seiner intensiven Betreuung ist es zu verdanken, dass ich mein Ziel vor Augen hatte und die Arbeit zügig fertig stellen konnte. Für seine menschliche Unterstützung, seinen Beistand in Zweifelsfragen danke ich ihm herzlich. Ebenfalls danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Klaus Henselmann sowie Frau Prof. Dr. Inis Dornedde für die Erstellung des Zweit- und des Drittgutachtens.

Besonders hilfreich waren die ausführlichen, intensiven Gespräche mit sechs dem DAX angehörigen Unternehmen sowie mit zwei großen Personengesellschaften. Durch ihre Anregungen und Gedankenanstöße haben sie diese Arbeit erheblich vorangebracht. Mein Dank gilt daher Frau Dr. Martina Baumgärtel, Leiterin des Fachbereichs Group Tax Policy & Products, Taxation Banking bei der Allianz AG, den Herren Dr. Hans Jürgen Lethaus, bis 2002 Leiter des Bereichs Steuern und Werner Zipfel, Leiter Internationales Steuerrecht bei Boehringer Ingelheim, den Herren Dr. Karsten Munscheck, Director und Michael Bachschuster, Assistant Vice President der Abteilung Corporate Development der Deutschen Bank AG, Herrn Robert Risse, Head of Global Tax Group bei der Henkel KGaA, Herrn Arno Pätzold, Head of M&A bei der Infineon Technologies AG, Herrn Christian Homering, damaliger Leiter Steuerplanung und -politik bei der Siemens AG, sowie Herrn Alfred Klingelmeier, Steuerabteilung der DaimlerChrysler AG. Der Einblick in die Praxis hat den Blick für sensible Fragestellungen besonders geschärft.

Dank aussprechen möchte ich auch den Professoren Noël Cunningham, Ruth Mason und Eran Lempert an der New York University/School of Law in New York/USA. Die Teilnahme an ihren Kursen, die zahlreichen Gespräche und Tips haben die Einarbeitung in das dem deutschen Steuerrecht an Komplexität um nichts nachstehende US-amerikanische Recht erheblich erleichtert.

Dem F.A.Z.-Institut, 3i, Linklaters Oppenhoff & Rädler und Deloitte & Touche danke ich für die kostenlose Bereitstellung der Studie „Zerschlagung der Deutschland AG“ sowie dem ZEW für die Studie „Steeroptimale Rechtsformwahl: Personengesellschaften besser als Kapitalgesellschaften“.

Danken möchte ich auch meinem Freund Christian Wiebe, der nicht nur technische Unterstützung geleistet, sondern immer wieder auch Textpassagen durchgelesen und mich vor allem in schwierigen Zeiten zur Fortsetzung der Arbeit ermuntert hat.

Christian und meine Schwestern Bettina und Kristina haben es sehr gut verstanden, mich bei aller Konzentration auf die Arbeit auch manchmal auf andere Gedanken zu bringen. Zudem möchte ich mich bei meiner Schwester Kristina sowie meiner Freundin Ulrike Kornemann für die zeitintensive Durchsicht der Arbeit herzlich bedanken. Die Länge hat beiden viel Geduld und Mühe abverlangt.

Schließlich verdanke ich allen voran meinen Eltern die Erstellung dieser Arbeit. Nicht nur, dass sie mir das Studium in Deutschland und später eines in den USA ermöglicht haben, viel entscheidender war, dass sie während der nicht immer einfachen Ausbildung stets ein offenes Ohr hatten und an mich geglaubt haben.

Berlin, im Oktober 2005

Tanja Krause

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Tabellenverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
A. Einleitung	1
B. Unternehmensbeteiligungen in Deutschland - eine Bestandsaufnahme	5
C. Beteiligungen in Handels- und Steuerbilanz	37
D. Die Besteuerung von Gewinnen/Verlusten aus Unternehmensbeteiligungen unter Berücksichtigung der Unternehmenssteuerreform 2000/2001 und ihrer Fortentwicklung	51
E. Die Vereinbarkeit der Neuregelungen zur Besteuerung von laufenden und Veräußerungsgewinnen mit Verfassungsrecht	191
F. Einschätzung der Unternehmenssteuerreform 2000/2001 und ihrer Fortentwicklung durch verschiedene Konzerne	283
G. Die USA im Vergleich	309
H. Perspektiven der Unternehmensbesteuerung	403
I. Resümee	425
Anhang	431
Literaturverzeichnis	441
Verzeichnis der zitierten Rechtsquellen	457
Verzeichnis der zitierten Internet- und Zeitungsartikel	461
Sonstiges	463

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Tabellenverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
A. Einleitung	1
B. Unternehmensbeteiligungen in Deutschland - eine Bestandsaufnahme	5
I. Allgemein	5
II. Ergebnisse der Monopolkommission	6
III. Die „Deutschland AG“	10
IV. Gründe für die Kapitalverflechtungen	11
1. Ökonomische, strategische und politische Gründe	11
a. Banken und Versicherungen	11
b. Industrieunternehmen	15
2. Steuerrechtliche Gründe	16
V. Das deutsche <i>Corporate Governance</i> -Modell, <i>Stakeholder Value</i> und die Wirkungen der Kapitalverflechtungen	17
1. Stand der Diskussion in der Literatur	17
2. (Empirische) Untersuchungen zu den Wirkungen	21
VI. Verflechtungsstrukturen im Wandel?	23
1. Neuere Studien und jüngere Erkenntnisse	23
2. Konzentration auf das Kerngeschäft	24
3. Feindliche Übernahmen	25
4. Die Rolle der Banken und Versicherungsunternehmen	27
5. Die Rolle der institutionellen Investoren	29
6. Die Rolle der Beteiligungsgesellschaften	31
7. Internationalisierung und Globalisierung	31
8. Die Steuerbefreiung gem. § 8b Abs. 2 KStG	33
VII. Fazit	34
C. Beteiligungen in Handels- und Steuerbilanz	37
I. Vorbemerkung	37
II. Betriebs- und Privatvermögen	37
III. Maßgeblichkeit der Handelsbilanz	40
IV. Beteiligungen und verbundene Unternehmen gem. § 271 HGB	42

1.	Allgemein	42
2.	Beteiligungen gem. § 271 Abs. 1 S. 1 HGB	42
3.	Verbundene Unternehmen gem. § 271 Abs. 2 HGB	43
V.	Der Konzernabschluss	45
VI.	Der Ansatz und die Bewertung von Beteiligungen	46
1.	Kapitalgesellschaftsbeteiligungen	46
2.	Personengesellschaftsbeteiligungen	48
VII.	Zusammenfassung	50
D.	Die Besteuerung von Gewinnen/Verlusten aus Unternehmensbeteiligungen unter Berücksichtigung der Unternehmenssteuerreform 2000/2001 und ihrer Fortentwicklung	51
I.	Die Grundlagen	51
1.	Die Besteuerung laufender Gewinne/Verluste	51
a.	Einkommen- und Körperschaftsteuer	51
aa.	Dualismus der Unternehmensbesteuerung	51
bb.	Kapitalgesellschaften und ihre Anteilseigner	54
	(1) Die Besteuerungsebenen	54
	(2) Die Gewinnermittlung	55
	(3) Verluste	56
	(4) Körperschaftsteuerliche Organschaft	57
cc.	Personengesellschaften und ihre Gesellschafter	58
	(1) Einheit der Gesellschaft und Vielheit der Gesellschafter	58
	(2) Vorliegen einer Mitunternehmerschaft	60
	(3) Erzielung von Einkünften aus Gewerbebetrieb	62
	(4) Gewinnermittlung und -verteilung bei Mitunternehmerschaften	64
	(a) Zweistufige Gewinnermittlung	64
	(b) Ermittlung des Anteils des Gesellschafters am Gewinn der Personengesellschaft	65
	(c) Ermittlung der Sondervergütungen	68
	(5) Verluste	71
b.	Gewerbesteuer	72
aa.	Bemessungsgrundlage und Berechnung	72
bb.	Kapitalgesellschaften und ihre Anteilseigner	74
	(1) Allgemein	74

(2) Gewerbsteuerliche Organschaft	75
cc. Personengesellschaften und ihre Gesellschafter	75
2. Die Besteuerung von Veräußerungserfolgen	77
a. Einkommen- und Körperschaftsteuer	77
aa. Dualismus der Einkunftsarten	77
bb. Veräußerungsgewinne und stille Reserven	80
cc. Einbringungsgeborene Anteile gem. § 21 Abs. 1 UmwStG	82
dd. Veräußerung eines Kapitalgesellschaftsanteils	83
ee. Veräußerung eines Mitunternehmeranteils (§ 16 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG)	84
b. Gewerbsteuer	87
aa. Kapitalgesellschaften und ihre Anteilseigner	87
bb. Personengesellschaften und ihre Gesellschafter	87
3. Die Besteuerung von Auslandsbeteiligungen	88
II. Die Unternehmenssteuerreform 2000/2001 und ihre Fortentwicklung bis zum 1.1.2004	90
1. Entstehung und Entwicklung der Unternehmenssteuerreform	90
a. Projekt einer Unternehmenssteuerreform durch die CDU/CSU-F.D.P.-Regierungskoalition	90
b. Die Begründung der Unternehmenssteuerreform durch die SPD-Bündnis 90/Die GRÜNEN-Regierung	91
aa. Das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002	91
bb. Das Steuersenkungs- und das Steuersenkungsergänzungsgesetz	93
(1) Die „Brühler Empfehlungen“	93
(2) Die Regierungs- und Fraktionsentwürfe zur Unternehmenssteuerreform	96
(3) Die Empfehlungen des Finanz- und Vermittlungsausschusses	97
cc. Das Investitionszulagenänderungsgesetz	99
dd. Das Unternehmenssteuerfortentwicklungs- und Steueränderungsgesetz 2001	99
c. Jüngere und jüngste Entwicklungen	102
aa. Der Koalitionsvertrag vom 17.10.2002	102
bb. Das Steuervergünstigungsabbaugesetz	103
cc. Die Protokollerklärung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz	105
dd. Das „Korb II-Gesetz“	106

ee.	Das Haushaltsbegleitgesetz 2004	108
ff.	Das Gewerbesteueränderungsgesetz	109
2.	Motive und Ziele	111
a.	Die Unternehmenssteuerreform 2000/2001	111
aa.	Im Allgemeinen	111
bb.	Die steuerfreie Veräußerung von Beteiligungen (§ 8b Abs. 2 KStG)	113
	(1) Grund der Normierung	113
	(2) Sachliche Gründe und Motive der Regelung	113
cc.	Pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld (§ 35 EStG)	115
b.	Die Steuerrechtsänderungen 2003/2004	116
3.	Die Besteuerung unter Berücksichtigung der Rechtslage seit 1.1.2004	117
a.	Vorbemerkung	117
b.	Kapitalgesellschaften und ihre Anteilseigner	118
aa.	Der Systemwechsel vom Vollarrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren	118
	(1) Historie	118
	(2) Das Vollarrechnungsverfahren	119
	(3) Das Halbeinkünfteverfahren	122
bb.	Die Besteuerung von Dividendeneinkünften	124
	(1) Einkommen- und Körperschaftsteuer	124
	(a) Inländische Dividendeneinkünfte	124
	(b) Ausländische Dividendeneinkünfte	132
	(2) Gewerbesteuer	134
cc.	Die Besteuerung von Veräußerungserfolgen aus Kapitalgesellschaftsanteilen	137
	(1) Einkommen- und Körperschaftsteuer	137
	(a) Anteile im Privatvermögen (§§ 3 Nr. 40 S. 1 lits. b, c und j, 3c Abs. 2 EStG)	137
	(b) Die Personengesellschaft als Anteilseigner	140
	(c) Die Kapitalgesellschaft als Anteilseigner (§ 8b Abs. 2 und 3 KStG)	147
	(2) Gewerbesteuer	158
dd.	Regelungen für die Übergangszeit	160
c.	Personengesellschaften und ihre Gesellschafter	161
aa.	Auswirkungen des StSenkG und der Folgegesetze	161
bb.	Die Besteuerung der Beteiligungserträge	162

(1)	Einkommen- und Körperschaftsteuer	162
(a)	Die natürliche Person und die Personengesellschaft als Mitunternehmer	162
(b)	Die Kapitalgesellschaft als Mitunternehmer	165
(2)	Gewerbsteuer	165
cc.	Die Besteuerung von Veräußerungserfolgen aus Mitunternehmeranteilen	165
(1)	Einkommen- und Körperschaftsteuer	165
(a)	Die natürliche Person und die Personengesellschaft als Mitunternehmer	165
(b)	Die Kapitalgesellschaft als Mitunternehmer	169
(2)	Gewerbsteuer	170
d.	Zusammenfassung der wesentlichen Unterschiede	171
aa.	Einkommen- und Körperschaftsteuer	171
bb.	Gewerbsteuer	172
cc.	Verluste	173
e.	Belastungsvergleich	173
aa.	Belastungsvergleich von Anrechnungs- und Halbeinkünfteverfahren	175
bb.	Belastungsvergleich für Kapitalgesellschaften bei Thesaurierung der Gewinne vor und nach der Unternehmenssteuerreform 2000/2001	178
cc.	Belastungswirkungen für Personengesellschaften einerseits und Kapitalgesellschaften andererseits	179
(1)	Besteuerung von thesaurierten Gewinnen und Ausschüttungen bei Personen- und Kapitalgesellschaften	179
(2)	Wirkungsweise der Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb gem. § 35 EStG	181
dd.	Fazit	185
4.	Kritik der Unternehmenssteuerreform 2000/2001	186
E.	Die Vereinbarkeit der Neuregelungen zur Besteuerung von laufenden und Veräußerungsgewinnen mit Verfassungsrecht	191
I.	Der verfassungsrechtliche Schutz im Steuerrecht	191
1.	Das Rechtsstaatsprinzip	191
2.	Die Grundrechte	192
II.	Art. 3 Abs. 1 GG	196

1.	Der verfassungsrechtliche Rahmen für eine Besteuerungs-	
	gleichheit von Unternehmen	196
a.	Der allgemeine Gleichheitssatz in der ständigen Rechtsprechung des	
	Bundesverfassungsgerichts	196
b.	Der Gleichheitssatz und das Gebot der gleichmäßigen Be-	
	steuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	196
aa.	Gleichheit und Leistungsfähigkeit	196
bb.	Gleichheit und Freiheit	202
cc.	Gleichheit und Systemgerechtigkeit, Systemkonsequenz sowie Folge-	
	richtigkeit	202
dd.	Das Unternehmen als Subjekt der Besteuerungsgleichheit	204
c.	Der Gleichheitssatz und das Gebot der rechtsformneutralen	
	Besteuerung	207
aa.	Dualismus der Unternehmensbesteuerung und Rechtsformneutralität im	
	Spannungsverhältnis	207
bb.	Rechtsformneutralität als verfassungsrechtliches Postulat	209
	(1) Allgemein	209
	(2) Höchstrichterliche Rechtsprechung	210
	(a) Das Bundesverfassungsgericht und die „Schwarzwaldklinik-	
	Entscheidung“	210
	(b) Bundesfinanzhof	211
	(3) Auffassungen in der Literatur	212
	(a) Befürworter eines verfassungsrechtlichen Postulates	212
	(b) Gegner eines verfassungsrechtlichen Postulates	213
	(4) Eigene Stellungnahme	214
cc.	Rechtsformneutralität und Freiheitsrechte	215
d.	Mögliche Vergleichssachverhalte für die Prüfung der Verwirk-	
	lichung des Gebotes der Rechtsformneutralität	216
aa.	Allgemein	216
bb.	Thesaurierte Gewinne	217
cc.	Ausgeschüttete Gewinne	217
e.	Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung	218
aa.	Anforderungen an die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von	
	Belastungsunterschieden	218
	(1) Das Willkürverbot	219

(2)	Die „Neue Formel“	219
bb.	Abweichungen vom Gebot der gleichmäßigen Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	220
(1)	Das Äquivalenzprinzip	220
(2)	Typisierung und Pauschalierung als Rechtfertigung	221
(3)	Rechtsformunterschiede als generelle Rechtfertigung	222
(a)	Wesentliche Ungleichheit der Rechtsformen wegen zivilrechtlicher, wirtschaftlicher oder steuerrechtlicher Unterschiede als Rechtfertigung?	222
(b)	Persönlicher Einsatz eines Mitunternehmers sowie günstige Eigenkapitalbeschaffung von Kapitalgesellschaften als Rechtfertigung?	222
(4)	Freie Rechtsformwahl als Rechtfertigung?	223
(5)	Unterscheidung der Einkunftsarten als Rechtfertigung?	224
f.	Die Prüfung von Fiskalzweck- und Lenkungsnormen	224
aa.	Belastungs- und Gestaltungswirkungen durch Fiskalzweck- und Lenkungsnormen	224
bb.	Die Notwendigkeit der Einordnung in eine Normgruppe	226
cc.	Prüfungsmaßstab von Fiskalzweck- und Lenkungsnormen	226
g.	Zwischenergebnis	229
2.	Die unterschiedliche Behandlung der Besteuerung von Unternehmensgewinnen	230
a.	Vorbemerkung	230
b.	Der Systemwechsel	231
c.	Ungleichbehandlungen laufender Gewinne	232
aa.	Besteuerung einbehaltener Gewinne	232
(1)	Ausmaß der Steuerspreizung für einbehaltene Gewinne	232
(2)	Rechtfertigung durch sachlichen Grund	235
bb.	Besteuerung ausgeschütteter/entnommener Gewinne	239
(1)	Belastungsverschiebungen beim Anteilseigner	239
(2)	Ungleichbehandlung der Einkunftsarten	240
(3)	Ausmaß der Steuerspreizung für ausgeschüttete Gewinne	241
(4)	Rechtfertigung durch sachlichen Grund	241
cc.	Steuerfreistellung von Dividenden gem. § 8b Abs. 1 KStG	245
(1)	Rechtslage bis 31.12.2003	245

(a)	Systemkonsequenz und -gerechtigkeit	245
(b)	§ 3c Abs. 1 EStG, § 8b Abs. 5 KStG	245
(c)	Rechtfertigung durch sachlichen Grund	249
(2)	Rechtslage seit 1.1.2004	251
dd.	Die Gewerbesteueranrechnung gem. § 35 EStG	254
(1)	Die Pauschalierung der Entlastungswirkung	254
(2)	Keine Kompensation von Anrechnungsüberhängen	255
(3)	Ausschluss von Dividendeneinkünften	256
(4)	Rechtfertigung durch sachlichen Grund	257
(a)	Die Pauschalierung und die Anrechnungsüberhänge	257
(b)	Ausschluss von Dividendeneinkünften	258
d.	Ungleichbehandlung von Veräußerungsgewinnen	259
aa.	Erleichterung für Kapitalgesellschaften - Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen gem. § 8b Abs. 2 KStG	259
(1)	Einordnung in eine steuergesetzliche Normengruppe	259
(2)	Rechtslage bis zum 31.12.2003	260
(a)	Systemkonsequenz und -gerechtigkeit	260
(b)	Abweichende Behandlung der Anteilseigner von Kapitalgesellschaften	264
(c)	Abweichende Behandlung von Veräußerungsgewinnen aus Mitunternehmer- und Kapitalgesellschaftsanteilen	264
(d)	§ 3c Abs. 1 EStG, § 8b Abs. 3 KStG	267
(e)	Rechtfertigung durch sachlichen Grund	269
(3)	Rechtslage seit 1.1.2004	273
bb.	Erleichterungen für Personengesellschaften	277
(1)	Reinvestitionsrücklage gem. § 6b Abs. 10 EStG	277
(2)	Tarifentlastung nach § 34 Abs. 3 EStG und Freibetrag nach § 16 Abs. 4 EStG	279
3.	Zwischenergebnis	281
F.	Einschätzung der Unternehmenssteuerreform 2000/2001 und ihrer Fortentwicklung durch verschiedene Konzerne	283
I.	Die Befragung	283
II.	Die Unternehmen: Strategien und Beteiligungen	284
1.	Banken und Versicherungen	284
a.	Deutsche Bank AG	284

b.	Allianz AG	285
2.	Industrieunternehmen	287
a.	DaimlerChrysler AG	287
b.	Henkel KGaA	288
c.	Infineon Technologies AG	288
d.	Siemens AG	289
III.	Aussagen im Einzelnen	290
1.	Beurteilung der Unternehmenssteuerreform 2000/2001	290
a.	Allgemein	290
b.	Die Systemumstellung und das Halbeinkünfteverfahren	291
c.	Die Regelungen des § 8b KStG	292
aa.	§ 8b Abs. 2 KStG	292
(1)	Motive für Veräußerungen: Konzentration auf das Kerngeschäft und/oder die Steuerfreiheit des § 8b Abs. 2 KStG	292
(2)	Die Steuerfreiheit gem. § 8b Abs. 2 KStG	293
(3)	Reinvestitionsrücklage gem. § 6b Abs. 10 EStG	294
(4)	Verfassungsrechtlich relevanter Verstoß?	295
(5)	Entflechtung der „Deutschland AG“ und Umstrukturierungen	296
bb.	§ 8b Abs. 3 KStG, § 3c EStG	297
cc.	§ 8b Abs. 4 KStG	298
d.	Organschaft	298
e.	§ 35 EStG	299
2.	Die Beurteilung der für den 1.1.2004 geplanten Steuerrechts- änderungen	299
3.	Die Beurteilung der seit 1.1.2004 geltenden Steuerrechts- änderungen	301
4.	Vorschläge zur Unternehmensbesteuerung	304
a.	Beibehaltung des jetzigen Systems	304
b.	Die Körperschaftsteueroption	305
IV.	Fazit	306
G.	Die USA im Vergleich	309
I.	Gegenstand des Vergleichs	309
II.	Die wesentlichen US-Gesellschaftsformen	309
1.	Allgemein	309

2.	Die einzelnen Rechtsformen	310
a.	Kapitalgesellschaften (<i>Corporations</i>)	310
b.	Personengesellschaften (<i>Partnerships</i>)	313
aa.	Allgemein	313
bb.	Die <i>General Partnership</i>	315
cc.	Die <i>Limited Partnership</i>	317
c.	Die <i>Limited Liability Company</i>	318
III.	Finanz- und Steuerverwaltung, Rechtsquellen	319
IV.	Steuerrechtliche Einordnung der Unternehmensformen	321
1.	Hintergrund	321
2.	Das <i>Check the Box</i>-Verfahren	322
V.	Die Besteuerung der Gewinne aus Unternehmensbeteiligungen	324
1.	Allgemein	324
a.	Die <i>Federal Income Tax</i>	324
b.	Steuersubjekt und unbeschränkte Steuerpflicht	325
c.	Das steuerpflichtige Einkommen (<i>Taxable Income</i>)	327
aa.	Allgemein	327
bb.	Keine Maßgeblichkeit der Handelsbilanz	327
cc.	Umfassender Einkommensbegriff (<i>Gross Income</i>)	330
dd.	Die Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	332
ee.	Gewinnermittlungsmethoden (<i>Methods of Accounting</i>)	333
	(1) Einnahmen-Überschussrechnung (<i>Cash Method of Accounting</i>)	333
	(2) Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich (<i>Accrual Method of Accounting</i>)	334
ff.	Betriebliche Verluste (<i>Operating Losses</i>)	335
d.	Veräußerungen (<i>Sales</i>)	335
aa.	Steuerliche Charakterisierung als <i>Ordinary Gain</i> oder <i>Capital Gain</i>	335
bb.	Kapitalgewinne und -verluste (<i>Capital Gains and Losses</i>)	338
	(1) Allgemein	338
	(2) Zweck der Vorschriften zu <i>Capital Gains</i>	338
	(3) Die Unternehmensbeteiligung als <i>Capital Asset</i>	339
	(4) Besteuerung von <i>Capital Assets</i>	341
	(a) Veräußerungsgewinn (<i>Capital Gain</i>)	341
	(b) Tarifiermäßigung für natürliche Personen	341
	(c) Verlustausgleichsbegrenzung (<i>Capital Loss Limitation</i>)	344

(d)	Umqualifizierung von <i>Capital</i> zu <i>Ordinary Income</i> bei <i>Small Business Stock</i> (Sec. 1244 IRC)	345
2.	Der <i>Jobs and Growth Tax Relief Reconciliation Act of 2003</i>	346
a.	Allgemein	346
b.	Änderung der Einkommenstarife für natürliche Personen	347
c.	Änderung der Regelungen zur Tarifiermäßigung bei <i>Capital Gains</i>	348
d.	Änderung der Besteuerung von Dividenden	349
e.	Sonstige Änderungen	352
3.	Die Besteuerung von <i>Corporations</i> und ihrer Gesellschafter	352
a.	Allgemein	352
aa.	Klassisches System der Körperschaftsbesteuerung	352
bb.	Verlustausgleich	353
cc.	Körperschaftsteuertarif (<i>Corporate Tax Rate</i>)	354
dd.	US-Organschaftsrecht	355
(1)	Hintergrund	355
(2)	<i>Controlled Corporate Group</i>	355
(3)	Steuerkonsolidierung (<i>Group Taxation</i>)	357
ee.	Kapitalgesellschaft mit Sonderstatus: <i>Subchapter S-Corporation</i>	360
ff.	Besondere Erhebungsformen der Körperschaftsteuer	362
(1)	Alternative Mindeststeuer (<i>Corporate Alternative Minimum Tax</i>)	362
(2)	Überhöhte Gewinnthesaurierung (<i>Accumulated Earnings Tax</i>)	364
b.	Die Besteuerung von Dividendeneinkünften	367
aa.	Allgemein	367
bb.	Die Personengesellschaft als Anteilseigner	368
cc.	Die Kapitalgesellschaft als Anteilseigner	369
c.	Die Besteuerung von Veräußerungserfolgen	371
aa.	Allgemein	371
bb.	Die Personengesellschaft als Anteilseigner	372
cc.	Die Kapitalgesellschaft als Anteilseigner	373
4.	Die Besteuerung von <i>Partnerships</i> und ihrer Gesellschafter	374
a.	Allgemein	374
aa.	Die <i>Partnership</i> als <i>Pass Through Entity</i>	374
bb.	Vielfalts- (<i>Aggregate Concept</i>) versus Einheitstheorie (<i>Entity Concept</i>)	375
b.	Die Besteuerung der Beteiligungserträge	376
aa.	Allgemein	376

(1)	Ermittlung des <i>Partnership Taxable Income</i>	376
(2)	Buchführung	379
(a)	Der steuerliche Buchwert des Gesellschaftsanteils (<i>Outside Basis</i>)	379
(b)	Book and Tax Accounting	380
(3)	Verlustausgleich und -abzug	383
(4)	Zuordnung der Einkommensbestandteile unter den Gesellschaftern	383
(a)	Wesentlicher wirtschaftlicher Gehalt (<i>Substantial Economic Effect</i>)	383
(b)	Beteiligung des <i>Partner</i> an der <i>Partnership</i> (<i>Partner's Interest in a Partnership</i>)	387
(5)	Ausschüttungen/Entnahmen	388
bb.	Die Personengesellschaft als Gesellschafter	389
cc.	Die Kapitalgesellschaft als Gesellschafter	390
c.	Die Besteuerung von Veräußerungserfolgen	390
aa.	Allgemein	390
(1)	Der Einheits- und Aggregatansatz in Sec. 741 IRC	390
(2)	Wirtschaftsgüter nach Sec. 751 (a) IRC	392
(3)	Die Berechnung des Veräußerungsgewinns	393
bb.	Die Personengesellschaft als Gesellschafter	395
cc.	Die Kapitalgesellschaft als Gesellschafter	396
VI.	Zusammenfassung	396
VII.	Übertragbarkeit amerikanischer Steuerregelungen auf das deutsche Rechtssystem	400
H.	Perspektiven der Unternehmensbesteuerung	403
I.	Vorbemerkung	403
II.	Einführung einer einheitlichen Unternehmensbesteuerung	403
1.	Annäherung der Kapitalgesellschaft an das Personenunternehmen	403
a.	Das Modell der Teilhabersteuer	403
b.	Das Modell der dualen Einkommensteuer	404
2.	Annäherung des Personenunternehmens an die Kapitalgesellschaft - das Modell der Betriebssteuer	405
a.	Das Grundmodell	405
b.	Die Inhabersteuer	406
c.	Neuere Rechtsprechung des BGH	406

3.	Integration der Körperschaftsteuer in die Einkommensteuer - der „Karlsruher Entwurf“	407
4.	Kritik	408
III.	Beibehaltung des dualen Systems	412
1.	Zuordnung anhand wirtschaftlicher Kriterien	412
2.	Systemimmanente Behebung der Belastungsunterschiede	413
IV.	Die Option zur Körperschaftsteuer	413
1.	Inhalt	413
2.	Kritik	415
V.	Eigene Einschätzung	416
1.	Beibehaltung des dualen Systems ohne Optionsmöglichkeit	416
2.	Systemimmanente Änderungen	421
I.	Resümee	425
	Anhang	431
	Literaturverzeichnis	441
	Verzeichnis der zitierten Rechtsquellen	457
	Verzeichnis der zitierten Internet- und Zeitungsartikel	461
	Sonstiges	463